

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2004
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Saarland

„Mehr Mut, Saarland!“

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdpsaar.de/images/stories/download/landtagswahlprogramm2004.pdf>;
04.04.2005

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-46

Landtagswahlprogramm 2004

***Mehr
Mut,
Saarland!***

Das Zukunftsprogramm der Saarliberalen
für die europäische Pionierregion

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	1
PIONIERREGION SAAR – MUT ZUM WACHSTUM!	4
MEHR MUT IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK!	7
Steuern und Abgaben senken	8
Arbeitsmarkt deregulieren	8
Bürokratie abbauen	9
Privatisierung vorantreiben	10
Vorsprung durch Innovation – Testmarkt Saarland aufbauen	11
Kohleabbau unter bewohntem Gebiet stoppen	12
MEHR MUT IN DER BILDUNGSPOLITIK!	12
Frühkindlicher Bildung den gebührenden Rang einräumen	13
Kindergärten reformieren – flächendeckende Ganztagsbetreuung sichern	14
Flexibilisierung der Kinderbetreuung	15
Die liberale Vision für die saarländische Schule 2010: die entfesselte Schule	15
Chancengerechtigkeit für alle	16
Schwächere stärken	16
Hochbegabte fördern	17
Verlässliche Grundschulen für das Saarland	17
Sprachkompetenz aufbauen	17
Die Qualität des Unterrichts in der Sekundarstufe I verbessern	18
Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung	18
Wiederholung einer Klassenstufe	18
Die Sekundarstufe II konsolidieren	18
Berufliche Schulen	19
Hochschulen reformieren	19
Nachlaufende Studiengebühren einführen	20
Öffentliches Dienstrecht abschaffen	20
Studienstrukturen und -inhalte modernisieren	21
Faire Ausbildungsförderung für alle Studierenden	21
Wissenschaft und universitäre Forschung aufwerten	21
Lehrerbildung - Lehrerfortbildung	21
Europäische Hochschule Saar-Lor-Lux	22
MEHR MUT IN DER UMWELTPOLITIK!	22
Umweltschutz und Wirtschaft	23
Umweltschutz und Energie	23
Windenergie	23

Nutzung von Kohlekraftwerken	24
Entsorgungsverband Saar (EVS) reformieren	24
Landwirtschaft sichern	24
Biosphärenreservat	25
MEHR MUT IN DER INNEN- UND RECHTSPOLITIK!	25
Polizeiarbeit effektiver gestalten – Kommunale Ordnungsdienste stärken	25
Strafrecht und Ausländerrecht konsequent anwenden	26
Strafvollzug verbessern	27
Regierung und Landtag straffen	27
Politikerversorgung reformieren	27
Landesverwaltung verkleinern – Kreisreform vorantreiben	28
Elektronische Verwaltungsreform – E-Government	29
Bürgerrechte stärken	29
MEHR MUT IN DER SOZIALPOLITIK!	30
Ehrenamtliches Engagement fördern	30
Familienpolitik an die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen	31
Jugendliche politisch ernst nehmen	31
Benachteiligungen von Frauen beseitigen	32
Belange der behinderten Menschen	32
Jugendkriminalität bekämpfen	34
MEHR MUT IN DER GESUNDHEITSPOLITIK!	35
Vorrang medizinischer Notwendigkeiten	36
Freie Arztwahl in einem patientenfreundlichen Umfeld	37
Aufklärung und Prävention	37
Kapitalgedeckte Krankenversicherung	38
MEHR MUT IN DER KUNST- UND KULTURPOLITIK!	38
Medien und Ethik	38
MEHR MUT IN DER SPORTPOLITIK!	39
Sport und Jugend	39
Sport in Vereinen	40

Sport und Gesundheit

40

MEHR MUT IN DER GRENZÜBERSCHREITENDEN REGIONALPOLITIK!

40

Pionierregion Saar – Mut zum Wachstum!

Unser Land, unsere Gesellschaft stagniert. Die Wirtschaftsentwicklung tritt auf der Stelle. Die Saarwirtschaft ist mittlerweile voll in den Abwärtssog der deutschen Konjunkturschwäche geraten. Nach einer Umfrage der IHK planen nur noch 10 % der saarländischen Unternehmen mehr zu investieren als im Vorjahr, allerdings werden 32 % weniger investieren. Hinzu kommt die regressive Bevölkerungsentwicklung, insbesondere die Jungen wandern aus. Die Einwohnerzahl des Saarlandes fiel seit 1992 von 1,084 Mio. Einwohnern auf 1,064 Mio. Einwohner im Jahre 2002. Der Jugendschwund entwickelt sich deshalb zu einer gefährlichen Wachstumsbremse, weil das Arbeitskräftepotenzial schwindet. Seit 1999 beläuft sich der Rückgang der Geburten auf rund 9.500 Kinder pro Jahr. Diese Entwicklung hat sich auch in Zeiten der jetzigen Regierung nicht geändert. Die versprochenen 60.000 neuen Jobs sind bisher noch lange nicht entstanden. Sieht so ein Aufsteigerland aus? Unser Saarland hat nur drei Jahre um den Aufstieg mitgespielt, ihn aber nicht geschafft und steht schon wieder mit dem Rücken an der Wand.

Die FDP Saar will aus dem Abwärtssog raus! Das Saarland muss zu einer Pionierregion mit Vorbildcharakter für die anderen Bundesländer werden. Unser liberales Konzept für das Saarland ist eine klare Wachstumsstrategie, dem alles andere untergeordnet werden muss. Wirtschaft und Bildung müssen Vorfahrt bekommen. Ziel bei der Landtagswahl ist es außerdem, durch eine Regierungsbeteiligung und damit durch die Stimmen des Saarlandes im Bundesrat zu erreichen, dass der Bundesrat seine Stimme nicht für eine verfehlte Politik der Bundesregierung hergibt. Wer mit uns regieren will, der muss uns bei dieser politischen Grundausrichtung folgen.

Unsere Wachstumsphilosophie steht für neue Lebensqualität, für mehr Bildung wie für gewachsene demokratische Bürgerbeteiligung. Auch das Wachstum der Bevölkerung und der Qualität der Umwelt spielt für uns eine herausragende Rolle.

Als kleines Bundesland haben wir im Saarland eine hervorragende Chance, diesen Wachstumsbegriff anzuwenden und umzusetzen und zu einem europäischen Pionierland zu werden.

Ein weiterer Wachstumsschlüssel liegt in der Förderung der Investitionstätigkeit durch entsprechende Steuer- und Infrastrukturpolitik. Die Ausweitung der Entfaltungsmöglichkeit der Unternehmer durch die Beseitigung von Zugangsbeschränkungen zum Markt (Deregulierung) bei klarer Wettbewerbsorientierung (Monopolverbot).

Statt ein integriertes Gesamtkonzept mit einer Zukunftsvision zu entwickeln und umzusetzen, verzettelt sich die Landesregierung mit vielen kleinen, unkoordinierten Trippelschritten. Sie reichen als Ansatz

nicht aus, denn zu einer Strategie gehört, dass sie auch wahrgenommen und verinnerlicht wird. Bis auf ein paar nette Autobahnschilder zum Thema „Aufsteigerland“ hat die Öffentlichkeit hierzu wenig gehört und noch weniger davon gespürt.

Die FDP Saar fordert eine umfassende Wachstumsstrategie mit folgenden Schwerpunkten, damit aus dem Saarland eine Pionierregion wird:

- Wir wollen klare Signale für mehr Investitionen. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und vor allem wieder Vertrauen in die Wirtschaftspolitik des Landes, die sich strikt am Wachstum der Wirtschaft orientieren muss. Außerdem muss der Mittelstand endlich als Herz und Motor erkannt werden. Nur er kann die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen.
⇒ In einem ersten Schritt muss die Überregulierung im Bereich der Bürokratie als Investitionshindernis abgebaut werden. Wir benötigen als wichtigste vertrauensbildende Maßnahme die sofortige Abkehr von Subventionen und ein Ende der Umverteilungsromantik.
- Der Arbeitsmarkt kann nur dann wieder wachsen, wenn der Faktor Arbeit deutlich verbilligt wird, und zwar sehr rasch. Die Agenda 2010 ist längst obsolet. Wir brauchen nicht erst in sechs Jahren, sondern jetzt den großen Wurf in der Sozial-, Renten- und Gesundheitspolitik. Auch die Entwicklung der Löhne muss sich den Realitäten eines größeren Europas anpassen. Neue Arbeitsplätze entstehen dort, wo die relativen Arbeitskosten erschwinglich sind und wo wir wettbewerbsfähig sind.
⇒ Das Saarland muss arbeitsmarktpolitische Modellregion werden. Deshalb will die FDP einen Beschäftigungspakt mit der Wirtschaft schließen.
- Die Finanzen des Landes müssen wieder auf gesunde Beine gestellt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Reform der Verwaltung.
⇒ Wir wollen eine radikale Modernisierung des Landes, damit aus dem „Patienten Saarland“ eine leistungsfähige Pionierregion wird.
- Neue Menschen braucht das Land. Unsere Bevölkerungsentwicklung muss sich klar am Wachstumsziel orientieren. Alle politischen Maßnahmen haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu berücksichtigen.
⇒ Wir wollen eine sofortige Ausweitung der Kinderbetreuung und des Ganztagschulangebots sowie deutliche Anreize für eine innerdeutsche bzw. innereuropäische Zuwanderung.

- Bildung ist die zentrale Grundlage für Wachstum. Das Bildungsangebot muss entscheidend verbessert werden. Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik und muss endlich wieder ernst genommen werden. Schluss mit beschönigenden Lippenbekenntnissen!
 ⇒ Wir brauchen Vorfahrt für mehr Investitionen in Bildung, statt Kürzungen wie bei der Universität. Moderne Bildungspolitik muss das neue Aushängeschild des Saarlands werden - und zwar von der frühkindlichen Betreuung bis zur Universität.

- Bei allen Bemühungen um die Großregion wird das Thema Europa zu wenig genutzt, um aktiv zum Wachstum im Saarland beizutragen.
 ⇒ Wir wollen die Schaffung einer blühenden Euro-Zone. Weder das Saarland noch Lothringen haben trotz der zentralen Lage im Herzen Europas von direkten Investitionen der EU profitiert. Keine europäische Behörde hat hier Ihren Sitz. Das muss anders werden. Die Bundes- und Landesregierung müssen sich für die Ansiedlung einer europäischen Institution stark machen. Auch die FDP im Europäischen Parlament wird sich um dieses Thema kümmern. Die EU darf keinen Bogen um ihre Kernregion machen!

- Die persönliche Freiheit muss in eine umfassende Wachstumsstrategie einbezogen werden. Die Bürger brauchen eine deutlichere Stimme gegenüber einer lethargischen Politik, die nur auf kurzfristige Stimmengewinne aus ist.
 ⇒ Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung, u. a. durch mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie, bei Wahlen die Einführung des Hare-Niemeyer-Prozentauszählverfahrens (Verfahren, nach dem die Anzahl der Sitze im saarländischen Landtag, in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Ausschüssen nach den Prozenten der Wählerstimmen der jeweiligen Partei berechnet wird) sowie den Wegfall der 5%-Hürde und bei Kommunalwahlen die Einführung des Kumulierens (mehrere Stimmen auf einen Wahlvorschlag bzw. eine Person vereinen) und des Panaschierens (Wähler darf mehrere Stimmen auf verschiedene Wahlvorschläge bzw. Personen verteilen), denn nur so kommt es zu einem wirklichen Wachstum der Bürgerbeteiligung. Auf kommunaler Ebene sowie im Land müssen wir die Bürger stärker in die Politik einbeziehen und Schluss machen mit schwarz-rot-grüner Bevormundung wie etwa über den EVS im Umweltbereich.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren! Der Fortbestand des Saarlandes steht auf dem Spiel. Die verantwortlichen Politiker dürfen die Menschen nicht weiter belügen! Nur eine klare Wachstumsorientierung schafft einen Ausweg aus der Krise.

Nur ein leistungsfähiges Saarland kann auch in Zukunft selbständig bleiben. Deshalb steht die FDP für mehr Mut bei den anstehenden Reformen, damit unser Saarland zu einer Pionierregion wird.

Mehr Mut in der Wirtschaftspolitik!

Die größte wirtschaftliche Dynamik weisen Länder mit niedriger Staatsquote und geringer Regulierungsdichte auf. Im Saarland ist die Steuer- und Abgabenlast hoch, Genehmigungsverfahren sind komplex und langwierig und der Arbeitsmarkt ist stärker reguliert als anderswo. Kurzum: Staatliche Vorschriften und Bürokratie lähmen das unternehmerische Handeln und somit die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Reale Chancen für den Wirtschaftsstandort Saarland liegen im Ausbau zum Pionierland für Deregulierung und für wirtschaftliche Freiheit

Das Saarland muss bundesweit Vorreiter beim Abbau bürokratischer Vorschriften werden. Daher brauchen wir mehr Mut bei Reformen, die unternehmerisches Handeln erleichtern und Handlungsspielräume erweitern. Leistung muss sich wieder lohnen. Genehmigungsfristen müssen daher verkürzt werden und Verordnungen müssen grundsätzlich befristet erlassen werden. Die Finanzierung des Mittelstandes muss gewährleistet bleiben. Die Gängelung der Banken durch das Bundesaufsichtsamt für Finanzaufsicht (Bafin) muss zugunsten dezentraler Verantwortungsstrukturen zurückgedrängt werden. Eine Befristung von Gesetzen ist zu prüfen. Der Charme liegt nicht zuletzt darin, dass entsprechende Reformen kein Geld kosten. Das Saarland ist durch seine geographische Lage - im Herzen von Europa - hervorragend geeignet, als Pionierland Pilotaktivitäten und Rahmenbedingungen im Interesse des Wirtschaftswachstums zu entwickeln, zu testen und zu beweisen.

Die Stärkung des Mittelstands im Saarland ist der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung. In mittelständischen Betrieben werden die meisten Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig sind sie die größten Steuer- und Abgabenzahler der Kommunen. Der Mittelstand muss endlich wieder als Herzstück der saarländischen Wirtschaftspolitik erkannt werden. Nur er kann die dringend benötigten Arbeitsplätze im Saarland schaffen und zu einer Belebung der Wirtschaft führen. Die Saarliberalen stehen deshalb für mehr Mut bei Reformen, die diese Betriebe entlasten und das Saarland zu einem Pionierland machen.

Steuern und Abgaben senken

Die Saarliberalen fordern die Bundes- und Landesregierung auf, die Steuergesetzgebung radikal zu vereinfachen und gleichzeitig Steuersenkungen vorzunehmen. Steuersenkungen sind das beste Beschäftigungsprogramm, da Arbeitern und Angestellten mehr Geld zum Konsumieren bleibt und die Wirtschaft weniger belastet wird bei zusätzlicher Nachfrage. Die FDP hat hierzu schon im Bundestagswahlkampf ein durchgerechnetes Modell vorgelegt, welches einfache Einkommenssteuersätze von 0, 15, 25 und 35 Prozent, die Abschaffung wettbewerbsverzerrender Subventionen und der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer vorsieht. Aber nicht nur die Steuern, sondern auch die Abgaben müssen überprüft und gesenkt bzw. ganz abgeschafft werden. Aus Sicht der Saarliberalen sollten u. a. die Vergnügungssteuer und die Jagdsteuer, die im Kommunalabgabengesetz festgelegt ist, abgeschafft werden. Beide Steuern sind nicht mehr zeitgemäß. Die Jägerschaft erfüllt durch Hege und Pflege des Wildes, Naturschutzleistungen, freiwillig übernommene Leistungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung und bei der Ver- und Entsorgung von Unfallwild bei Verkehrsunfällen Aufgaben, die der Allgemeinheit obliegen. Die Jägerschaft entlastet dadurch die öffentlichen Haushalte und damit letztlich den Steuerzahler. Auch im Bereich der Müll- und Abwassergebühren wollen die Saarliberalen die Bürger entlasten. Hier liegt das Saarland im oberen Drittel im Bundesvergleich.

Arbeitsmarkt deregulieren

Das bestehende Arbeits- und Tarifrecht hat sich in den letzten Jahren eher als Nachteil für den Arbeitnehmer dargestellt. Die starren Lohnstrukturen und die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verringerung der Lohnspreizung haben dazu geführt, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt nicht an die geänderte wirtschaftliche Lage anpassen kann. Am Arbeitsmarkt sind daher zuallererst mehr innerbetriebliche Spielräume nötig – durch flexiblere Arbeitszeiten, durch eine atmende Lohnpolitik, durch erleichterte betriebliche Bündnisse für Arbeit sowie durch flexible Beschäftigungsformen. Allumfassende Tarifverträge haben nach Auffassung der Saarliberalen ausgedient, da sie die Anpassung an die wirtschaftliche Lage verhindern und vor allem Arbeitslose unter ihnen leiden, wenn durch sie die dringend benötigten Arbeitsplätze im Ausland geschaffen werden und nicht im Saarland. Die Saarliberalen wollen deshalb, dass sich die Tarifparteien darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu setzen. Innerhalb dieses Rahmens soll die Entscheidung über Arbeitsentgelt und Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben flexibel festgelegt werden.

Aber nicht nur das Tarifrecht, sondern auch das Arbeitsrecht verhindert den Aufschwung im Saarland. Gerade für viele Start-Up-Unternehmer stellt das starre und komplizierte deutsche Arbeitsrecht ein großes Hemmnis dar, rasch und flexibel auf neuen dynamischen Märkten wirtschaftliche Chancen wahrzunehmen. Dies gilt vor allem für Gründer, die vor ersten Expansionsschritten stehen. Die Saarliberalen wollen daher Existenzgründern für vier Jahre den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne Sachgrund zu erlauben und den Schwellenwert zur Anwendung des Kündigungsschutzes auf 20 Beschäftigte hinaufzusetzen. Außerdem sollten die starren Regelungen beim Betriebsübergang (§ 613a BGB), insbesondere der Übernahme aller Rechte und Pflichten aus bestehenden Arbeitsverhältnissen, flexibler gestaltet werden.

Bürokratie abbauen

Die Bürger und mittelständischen Unternehmen des Saarlandes ersticken – genau wie die Städte und Gemeinden – unter einer zunehmenden Regulierungsdecke, die alle Lebensbereiche überzieht. Zurzeit sind mehr als 5.000 Gesetze mit über 185.000 Einzelvorschriften zu beachten. Das ist in der Praxis nicht mehr umzusetzen.

Die Saarliberalen wollen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von staatlichen Pflichtdiensten für Sozial-, Steuer-, Umwelt- und Arbeitsrecht sowie für amtliche Statistik entlasten. Diese unentgeltlich erbrachten Verwaltungsleistungen belasten den Mittelstand überproportional und führen so zu Wettbewerbsverzerrungen zugunsten von Großunternehmen sowie ausländischen Konkurrenten. Vor allem Existenzgründer werden durch diese Regulierungspraxis stark belastet. Sie können sich anders als größere Unternehmen keinen Expertenstab zur Bearbeitung der komplizierten Rechtsmaterie leisten. Gesetzessprache und Verwaltungsvorschriften zwingen angehende Unternehmer dazu, außerhalb der Verwaltungen oftmals teure externe Beratung in Anspruch zu nehmen. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland nach Angaben des Global Entrepreneurship Monitor 2002 in punkto Regulierungshemmnisse für Gründer mittlerweile einen der hinteren Plätze, weit abgeschlagen hinter den USA, Großbritannien und Frankreich.

Die Saarliberalen wollen daher, die Regulierungswut zumindest im Saarland stoppen und überflüssige Bürokratie auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu beseitigen. Wir wollen daher die Ernennung eines Beauftragten für Entbürokratisierung und Deregulierung in der saarländischen Landesregierung, der dem Landtag einen jährlichen Bericht erstatten soll. Gesetze und Vorschriften müssen auf den Prüfstand gestellt werden, ob sie für die Bürgergesellschaft und die Marktwirtschaft sinnvoll und unbedingt notwendig sind. So ist u. a. das Ladenschlussgesetz auf seine Existenzberechtigung zu überprüfen. Genehmigungsfristen müssen daher verkürzt werden und Verordnungen müssen grundsätzlich befristet erlassen werden. Eine Befristung von Gesetzen ist zu

prüfen. Aus Sicht der Saarliberalen kann es nicht sein, dass durch ein solches Gesetz der Wettbewerb verzerrt wird, z. B. im Freizeitbereich oder im Bereich der Dienstleistungen wie etwa bei den Waschstraßen. Während Museen und Kinos am Sonntag geöffnet haben, müssen Videotheken, die auch der Freizeitgestaltung dienen, geschlossen bleiben. Im Sinne der Gleichberechtigung wollen die Saarliberalen kurzfristig eine gesetzliche Erlaubnis zur Öffnung von Videotheken an Sonn- und Feiertagen in der Zeit ab 13.00 Uhr. Parallel dazu soll in Videotheken die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen legalisiert werden. Des Weiteren ist ein Katalog solcher Vorschriften des Verwaltungs-, des Arbeits-, des Sozial-, des Gewerbe- und des Baurechts zu erarbeiten, die bei Existenzgründungen zeitlich begrenzt abgemildert werden können.

Privatisierung vorantreiben

Private Unternehmen zeigen immer wieder, dass sie dem Staat bei der Bereitstellung qualitativ hochwertiger und preisgünstiger Güter und Dienstleistungen überlegen sind. Es ist ökonomisch nicht sinnvoll, Grünflächenpflege, Müllabfuhr, Tierparks, Gebäudeverwaltung oder sogar Druck- und Buchbindearbeiten kommunalen Unternehmen zu übertragen.

Gleiches gilt zunehmend auch in der Wasserversorgung, die im Saarland gänzlich durch „pseudoprivate“ Gesellschaften besorgt wird, deren Anteile sich im Besitz einer öffentlichen Körperschaft befinden, und natürlich auch in der Energieversorgung. Frei von Kostenängsten und betriebswirtschaftlichen Abläufen arbeitet z.B. die Saarbrücker „ASS“, die in vielen Bereichen den privaten Unternehmer vom Markt verdrängt hat. Auch im Bereich der Sparkassen gibt es Handlungsbedarf. Eine Änderung des Sparkassengesetzes könnte die notwendigen Voraussetzungen schaffen, dass die Sparkassen im dreigliedrigen Bankensystem ihre Funktionen weiter erfüllen können. Gerade in einem Land wie dem Saarland haben sie wichtige Aufgaben zu erfüllen, insbesondere bei der Versorgung der ländlichen Räume und des gewerblichen Mittelstandes, der im Saarland besonders stark ausgeprägt ist. Um dem gerecht werden zu können, sollten sie flexibel auf geänderte Anforderungen reagieren können. Ein modernisiertes Sparkassengesetz würde sie dabei unterstützen. Bis zum Wegfall der Gewährträgerhaftung im Jahre 2005 sollten die Sparkassen alle Chancen nutzen, um sich durch Fusionen und Kooperationen im Sparkassenverbund für den Wettbewerb zu positionieren. Die Saarliberalen wollen deshalb, dass, sofern die Satzung dies vorsieht, der Verwaltungsrat mit Zustimmung der Gewährträger beschließen kann, dass Stammkapital durch Einlagen oder durch Umwandlung von Rücklagen gebildet wird. Eine Übertragung von Anteilen am Stammkapital soll dann unter Berücksichtigung der geschäftspolitischen Interessenlage der beteiligten Sparkassen nur an Sparkassen und an Errichtungsträger mit Sitz im Saarland zulässig sein. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Erwerber die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung übernehmen und die

unternehmerische Führung der Sparkasse durch alle Gewährträger gemeinsam ausgeübt wird; das Nähere wird durch Vertrag geregelt, der der Einwilligung der Aufsichtsbehörde bedarf. Darin kann vorgesehen werden, dass eine Gewährträgersammlung gebildet wird.

Das Land und die Kommunen müssen sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Die Privatisierungsmöglichkeiten sind im Saarland bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Aufgaben, die privatisierungsfähig sind, sind konsequent auf die Privatwirtschaft zu übertragen: Gebäudemanagement, Staatshochbauverwaltung, Bauunterhaltung, Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus.

Das Land muss sich zudem von allen unternehmerischen Aufgaben und von seinen Landesbeteiligungen lösen: SaarLB; VSE; LEG; Flughafen; Kongresshalle; Saarlandhalle etc. Ziel einer Veräußerung von Landesbeteiligungen ist es, Investitionsspielräume zu schaffen. Die Privatisierungserlöse müssen in nachhaltige Investitionen fließen, die der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Aufwertung des Standortes Saarland dienen.

Gleiches gilt für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Durch eine weitere Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von saarländischen Kommunen dürfen privaten Firmen keine neuen Wettbewerbsnachteile entstehen. Die Saarliberalen unterstützen deshalb die Forderung und den Vorschlag des Mittelstandsbeirates zur strengeren Neufassung des § 108 Kommunalselfverwaltungsgesetzes (KSVG), die eine weitere Zunahme kommunalwirtschaftlicher Betätigung von Gemeinden verhindern soll. Lediglich bei Bestehen eines dringenden öffentlichen Zweckes ist sie innerhalb der Gemeindegrenzen oder im Rahmen eines Zweckverbandes zuzulassen, um die gewerbliche Wirtschaft nicht durch subventionierte Verwaltungsfirmen zu gefährden.

Vorsprung durch Innovation – Testmarkt Saarland aufbauen

Als europäische Pionierregion muss das Saarland neue Ideen fördern und testen. Hier heißt es aus der Vergangenheit zu lernen. Durch seine spezifische Struktur, die der der Bundesrepublik ähnlich war, diente das Saarland schon in früheren Jahren den Unternehmen als Testmarkt für neue Produkte. Diese Tradition möchten die Saarliberalen in moderner Form durch die Nutzung neuer Medien wiederbeleben. Hierzu sollen IT-Technologien entwickelt, angewendet und erprobt werden. Durch den Aufbau eines Testmarktes in Mitten Europas würde das Saarland in vielfältiger Weise profitieren. Es würde ein Know-how geschaffen, das es so in Deutschland nicht gibt, der Werbemarkt würde belebt und Abwanderungen bzw. Schließungen kleinerer und mittlerer Unternehmen würde vermieden.

Daneben bedeutet die Durchführung eines solchen Projektes einen Innovationsvorsprung für die saarländische Wirtschaft, der den ersten Schritt für einen überregionalen / transnationalen Werbemarkt bedeutet, in dem Produkte in einem Binnenmarkt angeboten werden können.

Kohleabbau unter bewohntem Gebiet stoppen

Nachdem eine weitere Grube im Saarland geschlossen werden soll, wird das von den Saarliberalen seit Jahren prognostizierte Auslaufen des Steinkohlebergbaues an der Saar immer realer.

Im Interesse der Bergbaugeschädigten ist der von den Saarliberalen geforderte Abbaustopp unter bewohntem Gebiet endlich zu realisieren. Wenn nur noch einige Jahre Kohle gefördert wird, sollten die Bewohner in den betroffenen Gebieten nicht noch mehr geschädigt werden. Die Abbauplanungen müssen auf die geänderten Bedingungen abgestellt werden und müssen die bewohnten Gebiete nun erst recht verschonen.

Für die Saarliberalen macht es keinen Sinn, dass dringend benötigte Investitionen ausbleiben, da überall das benötigte Geld fehlt, dass auf der anderen Seite aber Häuser durch den mit Steuergeldern subventionierten Bergbau zerstört werden, um sie mit weiteren Subventionen aus Steuergeldern wieder aufzubauen. Wir wollen daher den sofortigen Kohleabbaustop unter bebautem Gebiet. Wir wollen eine deutliche Verbesserung der Situation der Bergbaubetroffenen erreichen, dazu soll der Sofortvollzug außer Kraft gesetzt werden. Darüber hinaus brauchen wir ein Gutachten zu gemeinschädlichen Auswirkungen des Bergbaus im Saarland und wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesberggesetzes anstoßen.

Mehr Mut in der Bildungspolitik!

Nach PISA hat sich gezeigt, dass das größte Problem neben der lahmenen Wirtschaft zur Zeit in unserem Bildungssystem und damit der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes liegt. Durch die unterschiedlichsten Studien hat sich gezeigt, dass Deutschland im Bildungsbereich hinter alle anderen Industrienationen zurückgefallen ist. Ausgehend davon zeigt sich, wie dramatisch die Situation im saarländischen Bildungssystem ist, das in vielen Bereichen noch unter dem deutschen Durchschnitt liegt.

Vor dieser Ausgangslage her hat die FDP bewusst die Themen Wirtschaft und Bildung in den Mittelpunkt ihres Zukunftsprogramms für unser Saarland gestellt. Nur wenn wir schnellstens unser Bildungssystem fit machen für den nationalen und internationalen Wettbewerb, haben unsere Kinder in Zukunft eine Chance, auf dem immer härter werdenden Arbeitsmarkt zu bestehen. Daher wollen wir

mehr Mut bei den Reformen. Nicht nur unser Schulsystem muss reformiert werden, sondern schon beim Kindergarten müssen die Reformen ansetzen. Für die Saarliberalen muss ein gutes Bildungssystem allen Kindern und Jugendlichen Voraussetzungen bieten, dass sie mit ihren individuellen Möglichkeiten das Beste für ihre Zukunft erreichen können. Für die Saarliberalen bedeutet dies, dass es für schwächere Schüler genauso Fördermöglichkeiten geben muss wie für Hochbegabte und dass die Zukunft der Kinder nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf.

Nur wenn das Saarland auch in Zukunft die Möglichkeiten seiner Kinder optimal fördert und somit gut ausgebildetes Personal für die Wirtschaft bereitstellen kann, werden neue Unternehmen im Saarland ansiedeln.

Für Liberale ist Bildung das zentrale Bürgerrecht, das die Lebenschancen von jungen Menschen in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland bestimmt. Die persönliche Entwicklung, die gesellschaftliche Integration und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind abhängig vom Bildungsstand des Einzelnen.

Nur gut ausgebildete Menschen können den ständig wachsenden und sich verändernden Anforderungen einer technologisierten und auf Dienstleistungen ausgerichteten Arbeitswelt gerecht werden. Die optimale Ausbildung von Beginn an erhält damit zentrale Bedeutung für das Wohl jedes Einzelnen und der gesamten Gesellschaft. Wir Saarliberalen wollen unsere Kinder optimal auf das spätere Leben vorbereiten, dafür brauchen wir die beste Bildungspolitik aller 16 Bundesländer.

Frühkindlicher Bildung den gebührenden Rang einräumen

Studien der Europäischen Union belegen, dass eine gute Qualität der Kindergartenbetreuung zu erheblich besseren schulischen Leistungen unabhängig vom sozialen Umfeld führt. Daher muss ein Umdenkprozess einsetzen: Zur Zeit investieren der Bund, das Land und die Kommunen viel Geld in den sekundären (Schulen) und tertiären (Hochschulen) Bildungsbereich; Dem kostenlosen Besuch der Schulen und Hochschulen steht der kostenpflichtige Besuch der Kindergärten und –krippen gegenüber. Hier wollen die Saarliberalen einen Paradigmenwechsel. Es muss endlich mehr Geld in den primären Bildungsbereich fließen, damit dieser kostenlos wird und alle Kinder gleiche Startchancen haben.

In Deutschland beginnt die systematische Förderung junger Menschen allerdings viel zu spät. Gerade das Saarland muss grundlegende Strukturreformen durchführen, wenn es ein besseres Bildungssystem als alle anderen Bundesländer schaffen will, damit die wertvolle Zeit unserer Kinder nicht ungenutzt verstreicht.

Deshalb braucht das Saarland im Bereich der frühkindlichen Bildung eine qualitativ hochwertige und durch Mindeststandards abgesicherte Kindergartenarbeit, die Kinder optimal auf ihren weiteren Bildungs- und Lebensweg vorbereitet, insbesondere auch bezüglich der emotionalen Kompetenz.

Damit unsere Kinder schon frühzeitig entsprechend ihrem Entwicklungsstand gefördert werden können, wollen die Saarliberalen verbindliche Schuleingangsdiaagnosen mit Sprachstandserhebungen im Alter von spätestens vier Jahren zur Erkennung von Sprachdefiziten, Lernschwächen und Hochbegabungen. Dieses Ergebnis bildet die Grundlage für die weitere Förderung. Für Kinder ab 5 Jahren sieht das Konzept der FDP Saar den verbindlichen Besuch einer Start-Klasse vor, damit alle bei Eintritt in die Schule über dieselben Grundlagen verfügen. Bei der Einschulung arbeiten Kindergärten und Grundschulen eng zusammen. Zusätzlich wird eine verbindliche Sprachförderung bei Feststellung von Sprachdefiziten eingeführt. Gleichzeitig muss es jedoch für Hochbegabte möglich sein, schon mit Vollendung des 4. Lebensjahres mit der Schulausbildung zu beginnen.

Kindergärten reformieren – flächendeckende Ganztagsbetreuung sichern

Notwendige Voraussetzung für eine optimale Förderung der Kinder sind Reformen bei den Kindergärten. Zurzeit fällt es vor allem Alleinerziehenden im Saarland schwer, auch nur eine Halbtagsstelle anzunehmen, da die Kindergärten kein ausreichendes zeitliches Betreuungsangebot bieten. So wollen die Saarliberalen die flächendeckende Erhöhung der Betreuungszeiten im Kindergarten auf mindestens 6 Stunden täglich sowie die Flexibilisierung von Öffnungszeiten und die Öffnung während der Sommerferien. Diese Grundversorgung muss für alle Kinder ab 3 Jahren kostenlos bereitgestellt werden, damit der Besuch des Kindergartens nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert. Kurzfristig muss jedoch auch das Angebot an Ganztageskindergartenplätzen sowie an Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahren ausgebaut werden, damit die Eltern nicht zwischen Beruf und Kind entscheiden müssen.

Außer Änderungen bei den Öffnungszeiten wollen die Saarliberalen auch Reformen bei den Standards der Kindergärten und Kindertageseinrichtungen und der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Wichtig ist in einem ersten Schritt das Erstellen überprüfbarer, bundesweiter, pädagogischer Mindeststandards. Qualitätsstandards machen den Auftrag der Kindergärten und Kindertageseinrichtungen transparent und die Fortschritte der Kinder für die Eltern überprüfbar. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Angebot einer zweiten Sprache im Kindergarten auszubauen. Unsere Kinder sollten schon früh die Sprache unseres Nachbarlandes Frankreich erlernen („Nachbarschaftssprache“). Das Angebot einer zweiten Sprache bereits im Kindergarten ist sinnvoll, da Kinder im Vorschulalter Sprache phonetisch

und damit einfacher und wirkungsvoller lernen als später in der Schule nach grammatikalischen Regeln. Erfahrungen von Modellprojekten im Saarland haben bereits gute Ergebnisse erzielt.

Zur Erfüllung der pädagogischen Standards ist eine Novellierung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und die Besetzung der Leitungsebene einer Kindertagesstätte mit Personal, das zumindest über einen Fachhochschulabschluss verfügt, zwingend notwendig.

Ein weiterer Schritt ist die Einführung variabler Altersgruppen nach dem Entwicklungsstand der Kinder. Korrespondierend zum pädagogischen Auftrag und zur verbesserten Erzieherinnenausbildung sollen die Kindergärten selbst entscheiden können, welches Kind von welchem am meisten lernen kann. Deshalb sollen Kinder nicht nach starren Altersstrukturen, sondern nach ihrem Entwicklungsstand eingruppiert werden.

Flexibilisierung der Kinderbetreuung

Außer dem Angebot an flächendeckenden und ausreichenden Ganztageskindergrippen und –gärten muss die Kinderbetreuung ergänzt werden durch qualifizierte „Tagesmütter“, ähnlich der französischen Regelung. Gerade in Neubaugebieten mit vielen jungen Familien, wo noch keine Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sind, sind Tagesmütter eine sinnvolle Alternative. Die Tagesmütter treten so in einen Wettbewerb zu den pädagogisch aufgewerteten Kindergärten. Um den Eltern auch hier möglichst große Transparenz zu bieten, soll eine zentrale Akkreditierung nach pädagogischen Standards erfolgen. Diese können interessierte Tagesmütter in entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen erlernen.

Die liberale Vision für die saarländische Schule 2010: die entfesselte Schule

Der geeignetste Weg zu Qualitätssicherung und Entscheidungsfreiheit ist der freie Wettbewerb. Im Schulwesen bedeutet das eine Vielfalt an Angeboten und eine vermehrte Transparenz für Eltern und Schüler.

Nicht jede Schule, egal, ob Erweiterte Realschule, Gesamtschule oder Gymnasium, hat die gleichen Probleme zu ähnlichen Zeitpunkten. Die Schulen müssen deshalb selbständig über ihr Budget, ihr Personal und ihr pädagogisches Profil entscheiden.

Wir brauchen eine Schule, die in der Lage ist, auf individuelle Bedürfnisse und Fähigkeiten von Lehrern und Schülern einzugehen und so die Qualität der Bildung dauerhaft zu sichern und zu steigern. Die derzeitige Situation zeigt aber, dass die saarländischen Schulen kurz davor stehen, vollständig zu

kollabieren, und nicht mehr in der Lage sind, die Qualität für heutige und nachkommende Generationen zu sichern.

Die Saarliberalen wollen daher die Umsetzung ihres Konzeptes der „entfesselten Schule“. In einem ersten Schritt bedeutet dies, dass die Schulen von überflüssigem Dirigismus befreit werden. Lehrer, Schüler, Eltern und Schulleitung erhalten Freiheit bei der Profilbildung ihrer Schule.

Die mit der Selbstständigkeit verbundene Dezentralisierung erfordert gleichzeitig ein neues Instrumentarium an Qualitätssicherung und Transparenzschaffung. Dazu gehören die Schaffung von nationalen Bildungsstandards, die über die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Standards hinausgehen und wirkliche Kompetenzen festlegen, die Überprüfung von Schulen und Lehrern anhand dieser Standards, die von einer unabhängigen Agentur durchgeführt werden, zentrale Abschlussprüfungen sowie Vergleichsarbeiten in den Schulen. Nur so sind bei größtmöglicher Freiheit die Qualität und die Transparenz für Eltern und Schüler gesichert.

Die Dezentralisierung bedeutet gleichzeitig mehr Kompetenzen für Schulleiter und Lehrer, die nicht ohne entsprechende Vorbereitung angenommen und ausgefüllt werden können, denn der beste Lehrer muss nicht gleichzeitig wissen, wie das Gebäudemanagement funktioniert oder wie man am besten Personal rekrutiert. Es besteht also ein Qualifizierungsbedarf, der zunächst durch Weiterbildungsangebote für Lehrer und Schulleiter gedeckt werden muss. Gleichzeitig muss daher die Lehrerausbildung im Bereich Didaktik, Methodik und Pädagogik verbessert werden. Die angehenden Schulleiter sind besser als bisher auf ihre künftige Aufgabe vorzubereiten. Langfristig ist die Verbeamtung der Lehrer abzuschaffen.

Chancengerechtigkeit für alle

Eine der zentralen Aufgaben der Bildungspolitik ist aus Sicht der Saarliberalen die Förderung aller Schüler entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Gerecht ist, wenn jeder die Förderung erhält, die seine Entwicklungsmöglichkeiten optimal unterstützt. Dies bezieht sich nicht nur auf die rationale, sondern auch insbesondere auf die emotionale Kompetenz.

Schwächere stärken

Ein Grundsatz liberaler Politik ist die Unterstützung und Förderung der Schwächeren. Dies gilt auch und besonders in der Bildung. Defizite müssen möglichst früh erkannt und behoben werden. Daher wollen die Saarliberalen außer der Sprachförderung im Kindergarten und der Einführung der Start-Klasse auch für die Schulen entsprechende Förderklassen mit entsprechend geschultem Lehrpersonal, die parallel

oder zusätzlich zum Unterricht laufen, um die Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu fördern.

Hochbegabte fördern

Basierend auf den geforderten Schuleingangsdiagnosen, soll für Hochbegabte der direkte Schulbeginn möglich sein. Damit Hochbegabte optimal während ihrer schulischen Laufbahn gefördert werden können, sind vorhandene Akzelerationsmaßnahmen, wie das Überspringen von Klassen bereits ab der Grundschule, zu erleichtern. Hochbegabte Schüler sollen so die Möglichkeit erhalten nach vorzeitiger Ablegung ihrer Abiturprüfung entsprechend vorzeitig an die Hochschule zu gehen. Bis zum Aufbau einer Hochbegabtenerschule sollen an den Grundschulen und Gymnasien für alle Altersgruppen Fördergruppen, wie z. B. am Saarbrücker Gymnasium am Schloss, eingerichtet werden.

Verlässliche Grundschulen für das Saarland

Nicht nur Alleinerziehende brauchen die Sicherheit, dass ihre Kinder zu festen Zeiten nach Hause kommen. Berufstätigkeit der Eltern ist nur planbar, wenn die Dauer eines Schultages immer feststeht. Daher wollen die Saarliberalen, dass die Grundschule zunächst zur verlässlichen Schule ausgebaut wird. Kinder der ersten beiden Schuljahre müssen grundsätzlich bis zum Ende der 5. Schulstunde unterrichtet bzw. betreut werden, Kinder der folgenden Schuljahre bis zum Ende der 6. Schulstunde. Langfristig sind flächendeckend freiwillige Ganztagsgrundschulen mit einem Nachmittagsangebot bis ca. 18.00 Uhr aufzubauen. Für diese Zeit sind Zusatzangebote in Form von Arbeitsgemeinschaften bereitzustellen. Diese Angebote können auch schulübergreifend mit Hilfe von Sportvereinen, Musikschulen oder anderen Trägern organisiert werden.

Sprachkompetenz aufbauen

In einem immer enger zusammenwachsenden Europa ist für den späteren beruflichen Erfolg die Sprachkompetenz eine Schlüsselqualifikation. Damit wir international nicht den Anschluss verlieren, ist es wichtig, dass unsere Kinder schon früh, neben Deutsch weitere Sprachen erlernen. Gleichzeitig mit der Einführung der verlässlichen Grundschule sind daher die Nachbarschaftssprache Französisch und die 1. Fremdsprache Englisch in den Unterrichtsplan aufzunehmen.

Die Qualität des Unterrichts in der Sekundarstufe I verbessern

Für die meisten Schüler werden die entscheidenden Weichen für ihr Berufsleben durch die Abschlüsse in der Sekundarstufe I gestellt. Daher ist es ein vordringliches Ziel, die Durchfallquoten zu minimieren.

Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

Die FDP Saar fordert eine regelmäßig externe Evaluation an allen Schulen (mindestens alle sechs Jahre). Werden dabei Defizite festgestellt, wird die Schule aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zur Behebung der Schwächen zu entwickeln. In gravierenden Fällen sorgt das Bildungsministerium für ein Beratungsangebot.

Die Ergebnissicherung erfolgt durch die Entwicklung und Anwendung von Instrumenten der Leistungsdiagnose, durch schulübergreifende Vergleichsarbeiten auf der Basis nationaler Qualitätsstandards. Dabei wird auch verstärkt mit benachbarten Bundesländern und den benachbarten europäischen Ländern bzw. Regionen zusammengearbeitet.

Wiederholung einer Klassenstufe

Das Wiederholen einer ganzen Klassenstufe ist nur in Deutschland üblich, obwohl es nach vielen Untersuchungen fast wirkungslos ist. Zudem wird die individuelle Schullaufbahn jeweils um ein Jahr verlängert. Dies führt zu größeren Klassen und/oder erhöhtem Lehrerbedarf. Es ist also viel effizienter, das „Sitzenbleiben“ abzuschaffen (von begründeten Einzelfällen abgesehen). Dass dies möglich ist, zeigen viele europäische Länder mit besten PISA-Ergebnissen. Die jetzt im Saarland üblichen Möglichkeiten zur Nachversetzung in den Sommerferien können nur von wenigen Schülern wahrgenommen werden, da sie viel zu spät kommen.

Die Saarliberalen wollen deswegen, dass Schüler mit zeitweiligen oder auch dauerhaften Schwächen ganzjährig in den Schulen gefördert werden. Es ist zutiefst unsozial, wenn nur begüterte Eltern sich bezahlten Nachhilfeunterricht für ihre Kinder leisten können.

Die Sekundarstufe II konsolidieren

Es hat sich inzwischen bundesweit gezeigt, dass die von der „Reformierten Oberstufe“ erwarteten Ziele nicht erreicht wurden. Die Studienzeiten wurden nicht verkürzt, sondern verlängert; die

Studienwahlsicherheit ist geringer geworden. Wenn wir an der „Allgemeinen Hochschulreife“ festhalten wollen, muss die gymnasiale Oberstufe weiterentwickelt werden.

Nach Ansicht der Saarliberalen kann an der Gliederung in eine Einführungs- und eine Qualifikationsphase festgehalten werden. Allerdings müssen der verpflichtende Fächerkanon und die Abschlussprüfung verändert werden. Alle Schüler müssen an den vierstündigen Kursen Deutsch, fortgeführte Fremdsprache, Mathematik sowie zwei weiteren individuell bestimmbareren Fächern (Profil- und Neigungsfach) teilnehmen. Die Fächer Geschichte, Politik, Erdkunde, Biologie, Physik, Chemie, Musik oder Kunst, Religionslehre oder Ethik sowie Sport müssen, wenn sie nicht Profil- oder Neigungsfach sind, vier Halbjahre lang zweistündig belegt werden. Die schriftliche Abiturprüfung erfolgt in den Fächern Deutsch, Fremdsprache, Mathematik sowie Profil- oder Neigungsfach und die mündliche Prüfung erfolgt in einem gesellschaftswissenschaftlichen bzw. naturwissenschaftlichen Fach (wenn diese Bereiche nicht schriftlich geprüft wurden) oder einem beliebigen Fach.

Berufliche Schulen

Die Ausbildung in berufsbildenden Schulen erfolgt gleichrangig zu den Sekundarstufen der allgemein bildenden Schulen. Die Abschlüsse liefern entsprechende Berechtigungen. Berufsbildende Schulen können aber ihre Aufgaben nur wahrnehmen, wenn die vorher besuchten Einrichtungen die Schüler darauf vorbereitet haben. Insofern sind berufliche Schulen als „Abnehmer“ in ihrer Qualität von dem Unterbau abhängig. Alle Verbesserungen, insbesondere im Sekundarbereich I, schlagen unmittelbar auf die Berufsschulen durch. Allerdings müssen auch dort die sachlichen und personellen Voraussetzungen stimmen.

Die Saarliberalen wollen deshalb, dass die Lehrpläne des Sekundarbereiches der allgemein bildenden Schulen – wo immer dies möglich ist – mit den beruflichen Schulen abgestimmt werden. Zudem muss die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft durch Gesprächsrunden, Veranstaltungen, Projekte und kontinuierliche Praktika verstärkt werden. Die personelle Situation an den saarländischen berufsbildenden Schulen muss – wenn nicht anders möglich – auch durch Weiterbildung von „Quereinsteigern“ erfolgen. Dies ist der erste Schritt, die Situation an diesen Schulen zu entspannen.

Hochschulen reformieren

Im internationalen Wettbewerb gewinnt der Standortfaktor Wissen immer stärker an Bedeutung. Die Qualität unseres Hochschulsystems bestimmt wesentlich über unseren zukünftigen Wohlstand. Wir brauchen mehr und besser ausgebildete Absolventen sowie mehr Innovationen als Grundlage für neue

Produkte und Dienstleistungen. Nur eine Hochschulausbildung auf internationalem Spitzenniveau ermöglicht es uns, den wirtschaftlichen Abstand zu anderen Bundesländern und zum Ausland zu verringern. Unsere Hochschulen besitzen das Potenzial, in die europäische Spitze aufzusteigen. Dafür müssen wir ihnen jedoch die Möglichkeit eröffnen und sie in die Freiheit entlassen. Wir wollen eine unabhängige und profilierte Universität und ebensolche Fachhochschulen. Wir wollen Hochschulen, die sich dem Wettbewerb um die besten Studenten aus dem Saarland, Deutschland, aber auch dem Ausland offensiv stellen. Dafür brauchen sie freie Hand: bei der Studentenauswahl, dem Lehrangebot und beim Personal. Ein erster Schritt hierzu ist die Abschaffung der ZVS (Zentrale Stelle zur Vermittlung von Studienplätzen). Das Saarland muss den Staatsvertrag zur ZVS kündigen.

Hochschulen sind nicht nur ein Kostenblock im Haushaltsplan. Mit Wissensvermittlung und Forschungsleistungen kann das Saarland Geld verdienen. Unsere Hochschulen müssen sich zukünftig als "Bildungsunternehmen" verstehen. "Wissen made im Saarland" soll zum Exportgut werden. Dafür müssen die Hochschulen jedoch ihre Qualität verbessern.

Nachlaufende Studiengebühren einführen

Bildung darf für die Saarliberalen nicht von der finanziellen Situation der Studenten oder deren Eltern abhängig sein. Damit jedoch die Qualität der Lehrer unserer Hochschulen verbessert und das Profil autonomer Hochschulen geschärft werden kann, müssen Studiengebühren eingeführt werden. Diese müssen aber grundsätzlich nachlaufend sein, das heißt, dass sie nach Beginn der Berufstätigkeit gezahlt werden, damit kein Begabter vom Studium ausgeschlossen wird. Ob die Höhe der Studiengebühren einkommensabhängig oder fächerspezifisch ausgestaltet wird, kann den Hochschulen überlassen werden. Die Hochschulen müssen daher die Möglichkeit bekommen, die Höhe der Studiengebühren selber festzulegen. Studiengebühren müssen eine ergänzende Einnahmequelle für die Hochschulen sein, die zu mehr Wettbewerb und einem besseren Angebot führen, sie dürfen kein Ersatz für sinkende staatliche Zuschüsse sein.

Öffentliches Dienstrecht abschaffen

Das bürokratische Korsett des öffentlichen Dienstrechts im Hochschulbereich verhindert den Wettbewerb, ist unflexibel und leistungsfeindlich und ist deshalb bundesweit abzuschaffen. Jede Hochschule soll individuell Arbeitsverträge mit ihren Mitarbeitern abschließen und Gehälter sowie Arbeitszeiten festlegen können. In diesem Zusammenhang entfällt auch die weitere Verbeamtung von Hochschulpersonal.

Studienstrukturen und -inhalte modernisieren

Das bisher weitgehend starre System der Studiengänge ist zu flexibilisieren. Wir wollen eine stärkere Modularisierung von Studienangeboten. Die flächendeckende Einführung von Lernmodulen nach dem European Credit Transfer System (ECTS) verbessert die Studienorganisation und schafft die Voraussetzungen für eine Kompatibilität mit internationalen Abschlüssen. Weiterhin reduziert das ECTS-System Anerkennungsprobleme zwischen Leistungen an unterschiedlichen Hochschulen. Mit Blick auf die Attraktivität für ausländische Studenten sind international kompatible Abschlüsse wie Bachelor und Master beschleunigt in allen Bereichen einzuführen.

Faire Ausbildungsförderung für alle Studierenden

Das System der Studienförderung ist überholt und ungerecht. Deshalb wollen wir die längst überfällige Reform des „BAFÖG“. Alle Studenten sollen zukünftig ein Anrecht auf finanzielle Grundunterstützung in Darlehensform erhalten.

Wissenschaft und universitäre Forschung aufwerten

Neben der Lehre besitzt die Forschung an den Universitäten eine herausragende Bedeutung. Deshalb wollen die Saarliberalen ein klares Bekenntnis zur Grundlagenforschung an den Hochschulen. Weiterhin ist die Projektförderung zur Unterstützung praxisnaher angewandter Forschung auszubauen. Fördervorschriften müssen vereinfacht werden. Eine Informationsoffensive des Saarlandes soll kleine und mittlere Unternehmen über Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen informieren.

Lehrerausbildung - Lehrerfortbildung

Im Saarland gibt es seit einigen Jahren die kuriose Situation, dass an Gesamtschulen und Erweiterten Realschulen Lehrer dreier bzw. zweier verschiedenen Schulformen eingesetzt werden, welche für einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Schüler nicht ausgebildet wurden. Daher ist eine Reform der Lehrerausbildung überfällig.

Die Saarliberalen wollen die Einrichtung eines praxisnahen Bachelor-Grundstudiums mit betreuten Schulpraktika und darauf aufbauend ein schulformspezifisches Masterstudium. Dabei soll überprüft werden, ob die Ausbildung für einzelne Lehrämter nicht sinnvoller an Fachhochschulen mit ihrer

größeren Erfahrung beim Praxisbezug durchgeführt werden kann. Für alle Lehrämter sollen überdies Erweiterungsstudiengänge angeboten werden.

Zur Sicherung der Qualität der Lehre muss jeder Lehrer in Zukunft regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen – soweit ein Angebot geschaffen ist – und den Nachweis der Schulleitung vorlegen. Zur besseren Koordination der Lehreraus- und Fortbildung sollen diese über das Lehrerausbildungszentrum koordiniert werden.

Europäische Hochschule Saar-Lor-Lux

Das Saarland soll zum Bildungsmekka in Deutschland werden. Kurze Verwaltungswege und schnelle Zertifizierung von Bildungswegen machen dies möglich. Allerdings braucht man auch für dieses Vorhaben einen Leuchtturm: Wir wollen die Europa-Uni SaarLorLux (Europäisches Harvard). In Kooperation mit der EU und mit der Großregion aber vor allem auf der Basis privater Beteiligung (Referenzprojekt wäre die International University of Bremen) kann es gelingen, eine Uni mit enormer Strahlkraft für den Standort zu schaffen. Diese neue Hochschule sollte sich auf Forschung und Lehre im Bereich „Europäische Verwaltung“ und „Europäisches Management“ konzentrieren und Abschlüsse anbieten, die die Beherrschung von Deutsch, Französisch und Englisch voraussetzen.

Mehr Mut in der Umweltpolitik!

Die Leistungen auf dem Gebiet der Umweltpolitik im Saarland sind in vielen Teilen weit hinter den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zurückgeblieben. Exemplarisch für den Zustand der Umwelt in unserem Saarland ist die schlechte Abwassersituation. Nach wie vor werden zahlreiche Abwässer ungeklärt in Flüsse und Bäche eingeleitet. Besonders betroffen ist der ländliche Raum. Es fehlen immer noch ca. 40 Kläranlagen. Die unzureichende Abwasserpolitik ist auch mitverantwortlich für die hohen Abwassergebühren, die die höchsten in den alten Bundesländern sind. Entsorgungsmonopole verhindern Wettbewerb und lassen hier eine Gebührensenkung nicht erwarten. Hohe Entsorgungskosten sind aber gleichzeitig auch ein Hemmnis für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Schlechte Umweltstandards behindern auch den Fortschritt in der Fremdenverkehrsförderung. Hinzu kommt eine Überfrachtung der Umweltpolitik mit z. T. überholten Verordnungen. Zukunftstechnologien wie die Biotechnologie bleiben im Saarland außen vor.

Für die Saarliberalen ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen eine vorrangige Aufgabe. Wir wollen noch stärker als bisher die Vorsorge für Boden,

Wasser und Luft in unsere Umweltschutzanstrengungen einbeziehen, ohne die Verursacher von Umweltschäden außer Acht zu lassen. Wir brauchen mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz. Die Kooperation zwischen Umweltschutz und Wirtschaft, den Behörden und den Umweltverbänden werden wir intensivieren, aber auch neue Chancen für die Zukunft eröffnen, etwa die Förderung der Biotechnologie. Ziel unserer Politik wird es sein, hohe Standards zum Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft zu erhalten und die natürlichen Ressourcen so zu schonen, dass wir weiterhin diese in einem vernünftigen Maße nutzen können.

Umweltschutz und Wirtschaft

Die Saarliberalen wollen eine bessere Einbeziehung der Wirtschaft in den Schutz der Umwelt. Wir setzen auf mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie. Die Behörden sollen sich auf Kontrollaufgaben beschränken und für einen konsequenten Vollzug der Umweltgesetze sorgen, wobei in einem ersten Schritt Verordnungen, die sich als überflüssig erwiesen haben, abzubauen sind.

Umweltschutz und Energie

Der Energiepolitik kommt eine Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Umweltschutz zu. Umweltverträglichkeit, Entwicklungsfähigkeit und Sparsamkeit sind gleichberechtigte energiepolitische Grundziele. Energiepolitik ist für die Saarliberalen ein wesentlicher Standort- und Produktionsfaktor. Aufgabe einer liberalen Energiepolitik ist es, die Qualität der Umwelt zu erhalten und Optionen für die Deckung des künftigen Energiebedarfs zu unterstützen. Für eine zukunftsweisende Energiepolitik fordert die FDP Saar bei der Entwicklung und Durchsetzung regenerativer und möglichst schadstoff- und CO₂-freier Energieträger, insbesondere in den Bereichen Solartechnik, Erdwärme, Biotechnik und Brennstoffzellen eine ergebnisoffene Forschung ohne ideologische Scheuklappen. Besonderes Engagement der Politik verdient auch weiterhin die Energieeinsparung insbesondere Wärme- und Kälte-dämmungsmaßnahmen sollten gefördert werden.

Windenergie

Der Windenergie im Saarland sollte nach Auffassung der Saarliberalen keine allzu große Bedeutung beigemessen werden, weil nur eine zu große Anzahl von Windrädern ein Kraftwerk ersetzen kann und ökonomisch problematisch ist. Zudem werden diese Anlagen auf Kosten der Stromkunden mit hohen

Einspeisevergütungen für die Betreiber gebaut. Diese Anlagen sollten deshalb nur in Küstenregionen oder im Meer gebaut werden und im Saarland nicht mehr gefördert werden.

Nutzung von Kohlekraftwerken

Da sich nach einem Bau der noch fehlenden ca. 40 Kläranlagen im Saarland die Klärschlammmenge von 18000 Tonnen auf 20000 Tonnen erhöhen wird, wollen die Saarliberalen unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes die fachgemäße Mitverbrennung von Klärschlamm. Dieses Vorgehen würde erstens zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Kohlkraftwerken im Saarland beitragen, zweitens mit zum Umweltschutz beitragen, da der Klärschlamm nicht deponiert werden müsste, und drittens mit zur Deckung des Energiebedarfs beitragen.

Entsorgungsverband Saar (EVS) reformieren

Wichtigster Punkt bei der Reform der Abfallwirtschaft ist für die Saarliberalen die Reform EVS. Der EVS ist wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten wiederholt in die Schlagzeilen geraten und nicht wegen etwaiger Fehler in der Umweltpolitik. Die Saarliberalen wollen deswegen den Abfallmarkt dem Wettbewerb zu überlassen, jedoch gleichzeitig die Kontrollfunktion des Umweltministeriums zu verstärken.

Landwirtschaft sichern

Die heimische Landwirtschaft erfüllt entscheidende Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit. Sie erzeugt gesunde, qualitativ hochwertige Lebensmittel, sichert unsere Kulturlandschaft und erhält den ländlichen Raum. Gleichwohl befindet sich die saarländische Land- und Forstwirtschaft seit Jahren in einem umweltpolitischen Zielkonflikt. Die Entwicklung wird immer mehr bestimmt von Vorgaben des behördlichen Natur- und Gewässerschutzes. Land- und Forstwirtschaft werden in erster Linie als Landschaftspfleger und Gehilfen des Naturschutzes betrachtet. Diese Entwicklung sehen die Saarliberalen kritisch unsere Landwirte erfüllen in erster Linie eine Funktion als Produzenten hochwertiger Lebensmittel. Eine zunehmende Beeinträchtigung der unternehmerischen Freiheit durch das saarländische Naturschutzgesetz lehnen wir ab.

Zur Entwicklung des ländlichen Raumes und im Hinblick auf die Zukunft der heimischen Land- und Forstwirtschaft fordert die FDP Saar eine eigenständige und zielorientierte Agrar- und Regionalpolitik. Das Saarland braucht auch in Zukunft eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft, die in hohem

Maße produktiv ist und nachhaltig die natürlichen Ressourcen schützt. Zu diesem Zweck gilt es die gebotenen Spielräume der Agrar-, Struktur- und Wirtschaftspolitik konsequent zu nutzen. Ferner sind die regional ausgerichtete Lebensmittelmärkte sowie die Dienstleistungsangebote der Landwirte zu optimieren, insbesondere im den Bereichen Tourismus und Landschaftspflege.

Mittelfristig wollen wir die Regionalisierung der Agrarpolitik, die wir künftig nicht mehr auf der EU-Ebene sehen wollen. Dies würde der heimischen Landwirtschaft größere Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Biosphärenreservat

Für ein Biosphärenreservat sind weite Teile des Saar-Pfalz-Kreises (37.000 ha) in der Planung. Von dieser Umwidmung ist die überwiegende Anzahl der Grundeigentümer, der Jagdgenossenschaften, der Jäger und der Landwirte betroffen, da ein Biosphärenreservat sie in der Nutzung ihres Eigentums einschränkt. Der Umweltminister hat mit der Vorlage des Entwurfs eines Naturschutzgesetzes in § 17 verankert, dass die oberste Naturschutzbehörde allein durch Rechtsverordnung - ohne Beteiligung von demokratisch legitimierten Gremien - zusammenhängende Teile des Saarlandes zum Biosphärenreservat ausweisen kann. Die Saarliberalen sprechen sich gegen die Einführung dieses undemokratischen Rechtsaktes aus und lehnen das Naturschutzgesetz in dieser Fassung ab. Nur bei entsprechender Entschädigung und einer Übereinstimmung mit den betroffenen Landwirten, Jägern und Grundstückseigentümern können die Saarliberalen der Einrichtung eines Biosphärenreservates zustimmen.

Mehr Mut in der Innen- und Rechtspolitik!

Polizeiarbeit effektiver gestalten – Kommunale Ordnungsdienste stärken

Nach dem Ziel, das sich die Innenministerkonferenz der Länder gestellt hat, soll das Verhältnis Polizisten pro Einwohner 1:400 betragen. Für das Saarland läge die Soll-Stärke somit bei 2750 Polizeibeamten. Die an diesem Schlüssel gemessene Unterversorgung mit rund 400 Polizeibeamten gilt es Schritt für Schritt in den nächsten Jahren mittels eines Sonderprogramms: „Aufstockung der saarländischen Polizei“ abzubauen.

Die Saarliberalen setzen sich für die Modernisierung der Polizeiverwaltungen und für eine bessere technische Ausstattung der Polizei ein. Die Polizei muss sich wieder auf ihre Kernaufgaben, nämlich Verbrechensverbeugung und –bekämpfung, konzentrieren. Zur Erleichterung der notwendigen

Schreibarbeit ist neben der Einführung von Sprachsystemen auch an die Einstellung von reinen Schreibkräften zu denken. Die Polizei ist konsequent von polizeifremden Tätigkeiten zu entlasten.

Die zunehmende Internationalisierung der Kriminalität erfordert vermehrt Milieu-, Kultur- und Sprachkenntnisse der Polizeibeamten. Deshalb müssen mehr geeignete Beamte aus den Zuwanderern, besonders der zweiten und dritten Generation, angeworben und Ausländer aus anderen Ländern der Europäischen Union in den Polizeidienst aufgenommen werden. Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss die internationale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden.

Die Saarliberalen wollen eine bürgernahe Polizei, die auf der Straße präsent ist, anstatt am Schreibtisch Aktenberge abzubauen. Die Polizei muss darum von Aufgaben entlastet werden, die nicht originär in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. So sollten auch Aufgaben der Gefahrenabwehr wieder von den Ordnungsbehörden der Städte und Gemeinden übernommen werden. Die Städte und Gemeinden im Saarland gehen zunehmend dazu über, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Straßen und öffentlichen Anlagen Ordnungskräfte im Außendienst einzusetzen, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren und im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch Verstöße zu verfolgen und gegebenenfalls auch zu ahnden. Diese kommunalen Ordnungsdienste sollen dazu beitragen, die Innenstädte und den öffentlichen Raum insgesamt attraktiv zu machen, durch regelmäßige Bestreifungen insbesondere Verschmutzungen und Vandalismus zu verhindern und Störungen zu beseitigen. Durch die Präsenz der kommunalen Ordnungsdienste wird zudem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt. Verweigert eine Person die Angaben zur Identitätsfeststellung, so muss häufig im Wege der Amtshilfe auf die Vollzugspolizei zurückgegriffen werden. Den Polizeiverwaltungsbehörden müssen deshalb die gleichen Befugnisse eingeräumt werden wie der Vollzugspolizei.

Strafrecht und Ausländerrecht konsequent anwenden

Wo Prävention versagt, bleibt nur das Strafrecht. Damit Strafe ihren Sinn entfalten kann und ihre Wirkung nicht verfehlt, muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Deshalb muss nach Forderung der Saarliberalen das beschleunigte Strafverfahren voll ausgeschöpft werden, so dass die Straftäter innerhalb von acht bis zehn Tagen vor Gericht gestellt werden und damit die Reaktion der Gesellschaft unmittelbar zu spüren bekommen.

Die Entkriminalisierung und damit Verharmlosung von so genannten Bagatelldelikten lehnen die Saarliberalen ab. Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt: Jedes gestohlene Stück muss von ehrlichen

Kunden mitbezahlt werden. Wer Falschparken und selbst geringfügige Geschwindigkeitsüberschreitungen gnadenlos ahndet, aber Straftaten wie Land- und Hausfriedensbruch sowie Sachbeschädigung nicht verfolgt, provoziert das Rechtsbewusstsein der Bürger und beschädigt es.

Strafvollzug verbessern

Innere Sicherheit verlangt auch einen wirkungsvollen Strafvollzug. Vorrangige Aufgabe der Vollzugspolitik muss es weiterhin sein, die seit vielen Jahren in den saarländischen Vollzugsanstalten bestehende Überbelegung abzubauen.

Dies ist ein Gebot der Humanität gegenüber den Gefangenen. Gleichzeitig ist dies ein Erfordernis, um bei der sich auch verändernden Gefangenenklientel Sicherheit in den Vollzugsanstalten zu gewährleisten. Für die Vollzugsbediensteten stellt der Abbau der Überbelegung eine Notwendigkeit dar, die verhindert, dass sie in eine bloße Wärter- bzw. Schließfunktion geraten.

Gleichzeitig ist die Unterbringung in Einzelhaftzellen eine Forderung der praktischen Vernunft, da in den Gefängnissen erfolgreiche Resozialisierung geleistet werden soll und das Gefängnis nicht zur Schule des Verbrechens werden darf.

Regierung und Landtag straffen

Um als selbständiges Bundesland zu überleben, muss das Saarland die Arbeit von Regierung, Landtag sowie Landesverwaltung straffen. Da politische Führungsaufgaben von einem deutlich kleineren politischen Apparat besser und schlagkräftiger wahrgenommen werden, wollen die Saarliberalen, den politischen Apparat zu verschlanken. Außerdem soll sich die Parlamentsarbeit im Landtag durch eine umfassende Parlamentsreform auf Grundsatzentscheidungen konzentrieren.

Politikerversorgung reformieren

Die Bürger wissen um die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung von Politikern. Zu Recht aber weisen sie unangemessene Privilegien zurück. Insbesondere wird die Überversorgung von Politikern nach dem Ausscheiden aus dem Amt kritisiert und auch der Vorwurf der Selbstbedienung wird immer wieder erhoben. Diesem Vorwurf kann nur durch die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur

Festlegung der Abgeordnetenentschädigung wirksam begegnet werden. Die Angemessenheit der Altersversorgung soll ebenfalls überprüft und dem Landtag des Saarlandes ein entsprechender Vorschlag zur Reform unterbreitet werden. Die Saarliberalen treten für ein privatwirtschaftliches Versicherungsmodell ein, das es den Abgeordneten ermöglicht, sich eigenverantwortlich um ihre Altersversorgung zu kümmern. Abgeordnete sollen sich in Zukunft wie andere Bürger auch mit eigenen Beiträgen für ihr Alter versichern. Die bisherige Altersversorgung in Abhängigkeit von Legislaturperioden entfällt.

Ansprüche auf Pensionszahlungen aus früheren öffentlichen Ämtern sollten in Zukunft in voller Höhe mit Einnahmen aus laufenden öffentlichen Mandaten verrechnet werden. Die Normalisierung der Politikerversorgung nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt ist eine der wichtigsten vertrauensbildenden Maßnahmen in die Politik.

Landesverwaltung verkleinern – Kreisreform vorantreiben

Eine tiefgreifende Verwaltungsreform steht ganz oben auf der Agenda der Saarliberalen. Sie muss sowohl die Landes-, Kreis- und Gemeindeebene im Blick haben. Aufgaben und innere Struktur sind durch das in Auftrag gegebene Regierungsgutachten kritisch zu hinterfragen.

Ziel muss es sein, die Landesverwaltung tiefgreifend umzustrukturieren, um statt mit jetzt ca. 26.000 Bediensteten die Landesaufgaben mit knapp 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erledigen. Dieses Ziel muss mittelfristig sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen erreichbar sein. Die Personalausgaben dürfen in Zukunft nicht mehr als 35 % am Gesamthaushalt ausmachen. Was dem Saarländischen Rundfunk in relativ kurzer Zeit gelingt, muss auch dem Land möglich sein. Zu seiner Existenzsicherung hat der SR seinen Personalbestand bis 2008 um ca. 1/3 sozialverträglich abgebaut ohne Einbußen für die Programmqualität.

Offensichtlich fest steht aber heute schon: Noch immer gibt es im Saarland mit seinen 13 Landesämtern zu viele Landesämter! Die Saarliberalen wollen, diese Sonderbehörden überwiegend in die kommunalen Körperschaften zu integrieren, sofern ihre Aufgaben tatsächlich durch staatliche Behörden wahrgenommen werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Aufgaben des Eichamtes, des Landesamtes für Jugend, Soziales und Versorgung, des Landesamtes für Umweltschutz und des Landesamtes für Kataster, Vermessungs- und Kartenwesen. Die Bergbehörden sind mit Auslaufen des Bergbaus an der Saar aufzulösen.

Das Statistische Landesamt ist mit Rheinland-Pfalz zum Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz-Saar zusammenzuführen vergleichbar dem Oberbergamt für Rheinland-Pfalz-Saar und dem

Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saar. Auch bei anderen Landesämtern ist zu prüfen, ob es eine Zusammenlegung mit Ämtern aus anderen Bundesländern geben kann. Das Landesamt für Verfassungsschutz muss allerdings wegen seiner Sonderstellung als selbständige Behörde bestehen bleiben.

Die Auflösung der unteren Denkmalschutzbehörden halten die Saarliberalen - losgelöst von einer umfassenden Funktionalreform - für unverantwortlich und den falschen Weg. Dezentralisierung statt Zentralisierung lautet die Devise für die Liberalen. Bürgernähe nicht Bürgerferne. Das Staatliche Konservatoramt ist deshalb als Landesamt aufzulösen und in erster Linie sind seine Aufgaben auf die unteren Denkmalschutzbehörden zu verlagern.

Für eine derart umfassend verstandene Funktionalreform braucht es Mut. Sie hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf den Zuschnitt der bestehenden Landkreise. Die Saarliberalen favorisieren im Rahmen einer umfassenden und tiefgreifenden Funktionalreform das Modell von drei großen Regionalkreisen.

Elektronische Verwaltungsreform – E-Government

Um bundesweit Vorreiter bei der Verwaltungsreform zu sein, sollte es sich auch an die Spitze aller Bundesländer bei der Einführung des E-Government setzen. Die elektronische Verwaltungsreform (E-Government) wird die Modernisierung der saarländischen Landes- und Kommunalverwaltung vorantreiben und erheblich kostengünstiger machen. Verwaltungsmodernisierung und Informationstechnologie (IT) sind eine Einheit. Wir wollen die sofortige Umsetzung einer durchgängigen Integration der modernen Informations- und Kommunikationstechnik in die Verwaltungsprozesse. Dies betrifft neben der Landesregierung auch alle Kommunen und schafft somit das für Bürger jederzeit zugängliche „Gläserne Rathaus“, eine Grundvoraussetzung in der offenen Bürgergesellschaft.

Bürgerrechte stärken

Die Bürger brauchen eine deutlichere Stimme gegenüber einer lethargischen Politik, die nur auf kurzfristige Stimmengewinne aus ist. Die Saarliberalen wollen daher mehr Mittel einer direkten Demokratie, denn nur sie führen wirklich zu einem Wachstum der Bürgerbeteiligung. Auf kommunaler Ebene sowie im Land müssen die Bürger stärker in die Politik einbezogen werden. Als ein erster Schritt wollen die Saarliberalen hierzu die Einführung des Kumulierens und Panaschierens von Stimmen sowie die Abschaffung der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen und die Einführung des Auszählverfahrens nach Hare-Niemeyer bei allen Wahlen. Außerdem wollen wir Erleichterung bei Verfahren unmittelbarer

Demokratie, insbesondere von Volksbegehren und Volksentscheid. § 21 Abs. a KSVG soll um den Begriff Stadt- oder Ortsteile ergänzt werden.

Mehr Mut in der Sozialpolitik!

Liberaler Sozialpolitik baut auf Eigenverantwortung und Solidarität. Es ist bedauerlicherweise festzustellen, dass Menschen sich immer mehr auf den Staat als auf sich selbst verlassen. Menschen reagieren auf Anreize. Der ständige Anstieg der Sozialleistungen am Nettoeinkommen in den letzten Jahrzehnten hat deshalb auch das Verhalten der Menschen geändert. Für die Saarliberalen bedeutet Solidarität, dass alle Bürgerinnen und Bürger für Ihre Mitmenschen mitverantwortlich sind. Freiheit, d.h. das Streben, das eigene Leben in die Hand zu nehmen, ist aber nur dort möglich, wo die nötigen materiellen Mindestvoraussetzungen gegeben sind. Damit das Netz der sozialen Sicherheit in Zeiten immer knapper werdender finanzieller Mittel weiterhin finanziert werden kann, müssen die vorhandenen finanziellen Mittel wieder mehr auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Ein Grundsatz der Saarliberalen lautet daher: „Schutz der Schwachen vor den Faulen!“

Die staatliche Unterstützung muss auf dem Grundsatz „Fördern statt Wollen“ beruhen. Die individuelle Vorsorge hat für die Saarliberalen in der sozialen Sicherung Vorrang vor staatlichen Vorsorge-Systemen. Im Vordergrund muss deshalb die Hilfe zur Selbsthilfe stehen. Wer Unterstützungsmaßnahmen des Staates in Anspruch nehmen will, muss im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung für staatliche Hilfen erbringen.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Eine der tragenden Säulen in den Systemen der sozialen Sicherung ist das ehrenamtliche Engagement. Zur Zeit leisten im Saarland ca. 300.000 Menschen täglich ehrenamtliches Engagement. Nur durch ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Parteien, Organisationen und Verbänden oder Selbsthilfegruppen kann unser Sozialsystem funktionieren. Nachbarschaftshilfe, Hilfe unter Verwandten und Freunden sollten für die Menschen selbstverständlich sein. Ehrenamtliches Engagement ist deshalb zu fördern, und die Anerkennung von ehrenamtlich Tätigen in der Gesellschaft muss vorangebracht werden. Oft endet ehrenamtliches Engagement leider schon, bevor es begonnen hat, da es an der Bürokratie scheitert. Deshalb sind Antragsverfahren und Verwendungs-Nachweise für öffentliche Förderung zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Viele scheuen auch die Risiken, die mit einem ehrenamtlichen Engagement verbunden sind, deshalb wollen die Saarliberalen Vereinbarung mit der Versicherungswirtschaft zur Absicherung bei Unfällen und Haftpflichtschäden im Ehrenamt. Als

weiterer Anreiz sollte ehrenamtliche Tätigkeit als Fortbildung oder zusätzliches Qualifikationsmerkmal bei beruflicher Einstellung oder Beförderung im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, unter Beachtung der beruflichen Qualifikation anerkannt und berücksichtigt werden. Ehrenamtliches Engagement sollte schon früh gefördert werden und z.B. durch Vermerke auf Zeugnissen anerkannt werden.

Familienpolitik an die geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen

Die Familienpolitik muss sich den geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anpassen. Die Familie im „klassischen Sinne“ - Vater, Mutter und Kind(er) - ist längst nicht mehr der Regelfall in unserer Gesellschaft. Viele Ehen und Partnerschaften scheitern. Die Zahl der Alleinerziehenden steigt stetig. Neben der Ehe gibt es heute eine Vielzahl anderer familiärer Lebensformen und Lebensstile. Durch eine zunehmende Pluralisierung und Individualisierung befinden sich herkömmliche Rollenbilder in einem rasanten Wandel. Diese geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse stellen eine gewaltige Herausforderung für die Politik dar. Außerdem kann heute nicht mehr darüber hinweggesehen werden, dass in vielen Fällen die „Normalfamilie“ zunehmend Probleme hat, die traditionellen Aufgaben selbstständig zu übernehmen und zu leisten.

Moderne Familienpolitik muss deshalb Lösungen für vielfältige Probleme der Familien bieten. Deshalb wollen die Saarliberalen eine stärkere Berücksichtigung der Belange der Kinder, den Ausbau von Betreuungseinrichtungen und vor allem die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frage: „Job oder Kind“ darf sich in Zukunft nicht mehr stellen! Außerdem wollen wir eine ganz pragmatische Maßnahme der Familienpolitik: Die Einführung eines grenzüberschreitenden „Familienpasses SaarLorLux“, die zu ermäßigtem Eintritt in Freizeitattraktionen der Großregion berechtigt.

Jugendliche politisch ernst nehmen

Jugendliche müssen von der Politik ernst genommen werden und eigene Initiativen entwickeln können. Sie sollen kein Objekt von Politik sein, sondern vielmehr selbst zu Wort kommen und sich so zu aktiven jungen Bürgern entwickeln können. Gerade staatsbürgerliches Engagement in jungen Jahren zu erlernen ist in Zeiten von Politikverdrossenheit ein überaus wichtiges Ziel. Die Saarliberalen werden die Einrichtung von Jugendparlamenten, offenen Jugendforen oder anderen Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche in den Städten und Gemeinden wollen und unterstützen. Dabei kommt auch den

Jugendverbänden der Parteien in der Heranführung junger Menschen an politische Entscheidungsabläufe eine wichtige Aufgabe zu. Sie sind dabei zu unterstützen.

Benachteiligungen von Frauen beseitigen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Familie ist für die Saarliberalen die Grundlage einer modernen Familienpolitik. Die nach wie vor bestehenden Benachteiligungen von Frauen müssen abgebaut werden. Ein besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang den Berufsrückkehrerinnen gelten. Den Frauen, die nach einer längeren Pause wieder in den Beruf zurückmöchten, muss mehr geholfen werden. In der heutigen schnelllebigen Zeit müssen den Berufsrückkehrerinnen Hilfen angeboten werden, die Qualifikationen, die sie „verloren haben“, wieder zu erlangen. Dabei sollte nicht, wie dies heute oft der Fall ist, „Qualifikation“ lediglich als Computerkurs verstanden werden, sondern individuell auf die einzelnen Person bezogen. Die Arbeitszeiten müssen flexibler gestaltet werden und die Möglichkeiten von Job-Sharing müssen erweitert werden.

Um die bestehenden Benachteiligungen von Frauen in Spitzenpositionen zu beseitigen, wollen die Saarliberalen die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen im Management und in den oberen Führungspositionen. Wir wollen ein offenes Benchmarking mit unseren Nachbarn Frankreich und Luxemburg, da man von dort viele Maßnahmen übernehmen kann.

Belange der behinderten Menschen

Schutz und Hilfe des Staates benötigen insbesondere unsere behinderten Mitbürger. Dabei ist eine wohnortnahe stationäre, teilstationäre und ambulante Betreuung der Behinderten wichtig. Die Hilfe muss darauf ausgerichtet werden, dass behinderte Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Die Saarliberalen wollen dabei besonders die Integration, d.h. das menschliche Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen fördern. Dazu gehört auch das frühzeitige Miteinanderleben von behinderten und nicht behinderten Menschen in Kindergarten, Schule und Beruf.

Das Saarland zukunftsfähig machen – die Potenziale des Alters nutzen

Die FDP Saar fordert eine von der Politik und der Wirtschaft des Saarlandes getragene Kampagne gegen die Diskriminierung älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Sie fordert eine gemeinsame Anstrengung der Regierung des Saarlandes, der saarländischen Unternehmen, der Gewerkschaften

und der Kammern, um die Beschäftigung älterer Menschen zu fördern. Ziel muss es sein, die Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu steigern, durch Anerkennung und gezielte Weiterbildung, durch lebenslanges Lernen.

Die Tarifparteien werden aufgefordert, alles zu unterlassen, was die Beschäftigung älterer Menschen behindern könnte, und alles zu tun, was ihrer Förderung dient. Sie müssen dieser Verantwortung gerecht werden, indem sie tarifliche und betriebliche Bestimmungen flexibilisieren. Das bedeutet insbesondere :

- auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu verzichten
- auf Mindestlohnvorschriften zu verzichten und eine größere Lohndifferenzierung und leistungsabhängige Lohnfaktoren zuzulassen
- tarifvertragliche Senioritätsregeln abzubauen, sowohl beim Entgelt als auch beim Urlaub und bei besonderem tarifvertraglichen Kündigungsschutz. Solche Regelungen kommen zwar den beschäftigten Älteren zugute, verteuern aber deren Arbeit und vermindern ihre Reintegrationschancen, wenn sie arbeitslos werden.

Die Unternehmen werden aufgefordert, die Bereitschaft zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu erhöhen. Insbesondere sollten Arbeitgeber und Betriebsräte der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer Priorität einräumen. Das europäische Forschungsprojekt RESPECT hat bewiesen, dass eine gezielte Förderung die Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiter nicht nur bewahrt, sondern sogar steigert. Deshalb fordern die beteiligten Wissenschaftler die Implementierung eines intergenerationellen Konzepts für individualisierte Personalpolitik und eine Personalentwicklung, die das Älterwerden berücksichtigt. Gefordert wird insbesondere :

- permanente und gezielte individuelle Weiterbildung spätestens ab dem 45. Lebensjahr, bevorzugt im Betrieb (in kleineren und mittleren Unternehmen förderfähig nach Ziel 3 des europäischen Sozialfonds)
- gezielte Berücksichtigung spezifischer Qualifikationen älterer Arbeitnehmer
- Förderung von altersgemischten Teams
- Gesundheitsförderung älterer Arbeitnehmer
- Förderung von Umgruppierung, Arbeitsplatzwechsel und Rotation im Betrieb
- Ausweitung von Modellen des Interims-Managements und internen Consultings durch Ältere.

Die Regierung des Saarlandes wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Fehlanreize und Einstellungshemmnisse für die Beschäftigung älterer Menschen zu beseitigen. Dazu gehören insbesondere :

- die Subventionen von Frühverrentungen sofort zu beenden
- die Altersteilzeit nach dem Blockmodell zu beenden (unter Wahrung des Vertrauensschutzes)
- die Hinzuverdienstmöglichkeit bei Bezug von Altersrente zu verbessern
- die bei den Agenturen für Arbeit verbreitete Praxis zu beenden, bei Arbeitslosen über 58 Jahren nachdrücklich für die Wahrnehmung des § 428 SGB III zu werben, um diese zu „nichtarbeitslosen Leistungsempfängern“ zu machen und so aus der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenstatistik zu drängen
- die Anspruchsbegründung nach § 428 SGB III zu streichen (unter Wahrung des Vertrauensschutzes)
- das Lebensalter als Kriterium für die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen zu streichen, da diese Regelung die Reintegration älterer Arbeitsloser erheblich erschwert
- ein Optionsmodell bei Kündigungen (Abfindungsregelung statt Kündigungsschutz) gerade für ältere Arbeitnehmer einzuführen
- die Beschäftigungssicherung als Kriterium für die Ausgestaltung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsrecht einzufügen
- das sogenannte Anschlussverbot (§ 14 Abs. 3 Teilzeit- und BefristungsG) zu streichen
- die starren Grenzen für den Renteneintritt zu flexibilisieren, indem z.B. für langjährig Versicherte bei Vollendung des 62. Lebensjahrs der abschlagsfreie Bezug der Rente möglich sein soll, wenn der Versicherte über 45 Beitragsjahre oder entsprechend über 45 Beitragspunkte verfügt
- die gesetzlich fixierten beruflichen Altersgrenzen weitgehend zu streichen
- beim Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr auf jede Altersbegrenzung zu verzichten.

Jugendkriminalität bekämpfen

Ein großes gesellschaftliches Problem ist die anwachsende Jugendkriminalität. Hierbei spielt es keine Rolle aus welchem „Elternhaus“ die Jugendlichen kommen; bei Kindern aus allen Bevölkerungsgruppen steigt die Straffälligkeit. Hauptaufgabe einer liberalen Politik ist nicht die Bestrafung von straffällig

gewordenen Jugendlichen, sondern die Prävention. Es ist wichtig, ein Umfeld zu schaffen, in dem Jugendliche nicht straftätig werden. Neben Reformen bei der Betreuung und in der Schule müssen für Kinder und Jugendliche auch Freizeitmöglichkeiten geboten werden. Eine wichtige sozialpolitische Rolle übernehmen hierbei die Vereine vor Ort. Diese sowie andere freiwillige, sportliche, kulturelle und karitative Einrichtungen bedürfen der besondern Förderung und des besonderen Schutzes durch die Politik. Jeder Euro, der hier investiert wird, hilft Jugendlichen, sich sinnvoll in ihrer Freizeit zu beschäftigen, und leistet wertvolle Arbeit in der Prävention.

Mehr Mut in der Gesundheitspolitik!

Wir Saarliberalen setzen uns dafür ein, dass in der Gesundheitspolitik die Interessen des Patienten in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt werden. Der mündige Bürger sollte eigenverantwortlich über seine gesundheitlichen Präferenzen entscheiden und den Umfang seines Versicherungsschutzes selbst bestimmen können.

Dabei muss dem Schwächeren durch eine solide Grundversorgung die Basis gesichert werden, seine Gesundheit zu erhalten und nicht erst im Not- und Krankheitsfall durch dann teure und lange Behandlungen unter Umständen nicht wirklich geheilt werden zu können.

Vertrauen in die Ärzteschaft ist dabei gefordert, nicht das so auf Neidkomplexe abzielende und ständig geschürte Misstrauen. Es ist ein Unding, wenn ein Krankenkassensprecher zur ärztlichen Selbstverwaltung sagt: „Das ist so, als würden Sie dem Süchtigen den Schlüssel zum ‘Giftschrank’ in der Apotheke überlassen“. Diese an menschliche Beleidigung grenzende Aussage ist unerhört. Es gibt in jedem Berufsstand schwarze Schafe, und gerade die Selbstverwaltungsstrukturen sichern die hohe ärztliche Ethik.

Krankheit gehört zu den Lebensrisiken des Menschen. Ohne eine eigene und solidarische Absicherung kann Krankheit leicht zu einer existentiellen Bedrohung für den einzelnen werden. Der Staat muss deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die es dem Einzelnen ermöglichen, unabhängig vom Einkommen und unabhängig von Behinderungen oder Vorerkrankungen das Krankheitsrisiko abzusichern.

Es ist das vorrangige Ziel jedes einzelnen Menschen, seine Gesundheit zu erhalten oder sie wiederherzustellen. Liberale Gesundheitspolitik steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen. Zentrale Inhalte dieses freiheitlichen Gesundheitswesens sind Transparenz, Wahlfreiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung. Die Saarliberalen lehnen Bürokratie und Reglementierung ab und wollen mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung.

Die Macht der Krankenkassen ist zu begrenzen. Sie dürfen nicht Staat im Staate werden. Sie dürfen auch nicht die bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen aushebeln. Vertragsverhandlungen zwischen

Krankenkassen und Organisationen der Leistungserbringer dürfen nicht zum Vertragsdiktat verkommen. Ebenso sind Einzelverträge zwischen den Kassen und einzelnen Leistungserbringern zu verhindern, denn dies wäre der Einstieg in das Ende der freien Arztwahl und der Beginn der Zuteilungsmedizin. Im Interesse der Patienten muss die Politik endlich den Mut aufbringen, die Krankenkassen auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückzuführen. Die Saarliberalen wollen, die gesetzlichen Krankenkassen von allen krankenversicherungsfremden Leistungen zu befreien.

Vorrang medizinischer Notwendigkeiten

Arbeitslosigkeit und damit verbundene Einnahmerückgänge und ständig steigende Kosten haben zu erheblichen finanziellen Engpässen in der Kranken- und Pflegeversicherung geführt. Die Sparmaßnahmen haben zu wirtschaftlichem Druck auf alle im Gesundheitswesen Beteiligten geführt. Es steht zu befürchten, dass Art und Dauer ärztlicher und zahnärztlicher Behandlungen, der Standard in den Krankenhäusern und die Zuteilung von Medikamenten sich künftig nicht mehr hauptsächlich nach qualitativen Kriterien richten, sondern maßgeblich nach dem finanziellen Aufwand. Die für die Krankenbehandlung benötigten finanziellen Mittel müssen sich aber an der medizinischen Notwendigkeit und nicht an planwirtschaftlichen Größen, wie starren Budgets, orientieren.

Die „Qualitätsoffensive“, die mit der Gesundheitsreform in Gang gesetzt werden sollte, ist nichts weiter als eine Verschleierung rationierungsbedingter Defizite in der Versorgung. Ärzte und ihre Mitarbeiter dürfen nicht zu Verwaltungsangestellten der Krankenkassen werden. Statt Formulare auszufüllen und Inkassostelle für die Kassen zu sein, müssen sie viel mehr Zeit zur Verfügung haben für die Sorge um ihre Patienten, für menschliche Gespräche und als Grundlage für eine gute Betreuung für eigene Fortbildung.

Es ist ein Hohn, wenn ein Sozialgericht in einem sicher in die Revision gehenden Fall sagt, durch die Einführung der Praxisgebühr und die damit verbundene Abnahme von Arztbesuchen sei gerade diese Zeit jetzt mehr vorhanden. Eine solche kurzsichtige Betrachtung wird dazu führen, dass Krankheiten zu spät und dann mit sehr viel mehr Aufwand erkannt und nicht mehr wirklich behandelt werden können. Diese Art von Gesundheitsreform wird die Kosten des Gesundheitswesens in den kommenden Jahre eher explodieren als sinken lassen.

Freie Arztwahl in einem patientenfreundlichen Umfeld

Wir Saarliberalen sind dafür, dass die Bürger selbst entscheiden können, welchen Arzt sie aufsuchen. Zu den Grundprinzipien der ambulanten Medizin gehören für uns die freie Wahl des Arztes und die Erhaltung des freien Berufes. Nichtärztliche Mitarbeiter dürfen nicht zu „bürokratischen Apparatschiks“ degradiert werden. Sie wollen den Patienten wie immer freundlich und hilfsbereit begegnen und nicht als Zerberus zuerst nach dem Geld fragen!

Aufklärung und Prävention

Neben Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation kommt der Prävention eine wesentliche Bedeutung für die Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge zu. Falsche Ernährung, mangelnde Bewegung, psychische Belastung, mangelhafte Vorsorge, Sucht und Drogen begünstigen das Entstehen von Zivilisationskrankheiten. Deswegen ist unser Gesundheitsbewusstsein auszubauen. Die Öffentlichkeit muss breiter und intensiver informiert werden, um so gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern. So kann die Zahl der Erkrankungen gesenkt werden.

Aufklärung und Prävention können nicht früh genug beginnen, möglichst bereits im Kindesalter. Je früher die Gesundheitserziehung im Leben beginnt, desto größer ist die Chance, im späteren Leben ernsthafte Erkrankungen zu vermeiden. Gesundheitsrelevantes Verhalten soll so früh wie möglich eingeübt werden. Hierbei sollten Eltern, Kindergärten, Schulen und die im Gesundheitswesen beteiligten Institutionen und Personen zusammenwirken. Prävention beginnt bereits beim Vorbild der Eltern. Gesundheitstage in Kindergärten und Schulen und der Ausbau des Sportunterrichts können dazu beitragen, das Entstehen von Zivilisationskrankheiten, wie Herz- und Kreislaufkrankheiten und Übergewicht, zu verhindern.

Vermehrte Information über Suchtmittel wie Nikotin, Alkohol und Drogen können dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche nicht zu diesen Mitteln greifen.

Da viele Erkrankungen durch die Arbeitswelt mitverursacht werden, sollte die betriebliche Gesundheitsförderung - Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen - weiter ausgebaut werden.

Prävention spielt auch bei älteren Menschen eine wichtige Rolle. Geeignete Maßnahmen können die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit erhalten und verbessern mit der Folge, dass Menschen im Alter ihr Leben selber bestimmen und so in ihrer gewohnten Umgebung weiter leben können.

Kapitalgedeckte Krankenversicherung

Damit Kranken- und Pflegeversicherung weiter finanzierbar bleiben, müssen Anstrengungen von allen Seiten unternommen werden. Die hohe Arbeitslosigkeit und die demographische Entwicklung haben alle Sozialversicherungszweige vor eine große Herausforderung gestellt. Um die Sozialversicherungssysteme zukunftssicher zu machen, ist ein schrittweiser Umbau zur Einführung einer Kapitaldeckung erforderlich.

Mehr Mut in der Kunst- und Kulturpolitik!

Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Selbstfindung des Menschen. Künstler haben zu allen Zeiten durch selbst gewählte und gestaltende Tätigkeit ein Beispiel für die Fähigkeit zum Leben fernab von Normen, Dogmen und Schablonen gegeben. Kunst und Künstler geben Anstöße für Neuentwicklungen in vielen Bereichen der Gesellschaft.

Das Saarland verfügt über ein vielseitiges Kulturangebot. Im Zeitalter der Kommerzialisierung und kultureller Großveranstaltungen (Event-Kultur) stehen die Bürgerinnen und Bürger einem immer größeren Angebot von Passivkonsum-Veranstaltungen gegenüber. Die Kulturpolitik der Landesregierung setzt einseitig auf die Förderung von Event-Kultur zu Lasten von qualitativ und kreativ hochwertigen Ereignissen. Die Saarliberalen wollen eine Konzentration staatlicher Mittel zur Stärkung des kulturellen Angebots im Saarland. Dazu gehört die Unterstützung der Einrichtungen des Staatstheaters, der beiden Symphonieorchester, der Kammermusikensembles und der musiktreibenden Vereine und Chöre, die Pflege der Museen, insbesondere die Förderung des Saarland-Museums, der bildenden Kunst und die Unterstützung moderner und experimenteller Kunst. Das Max-Ophüls-Festival und die Perspectives du Théâtre sind nicht nur Angelegenheiten der Landeshauptstadt, sondern des ganzen Landes. Das Musikfestival Saar ist ein Aushängeschild für den Kulturstandort Saarland und muss auch in Zukunft gefördert werden. Überwiegend kommerziell ausgerichtete kulturelle Großveranstaltungen müssen vorrangig von privaten Sponsoren unterstützt werden.

Medien und Ethik

Die Saarliberalen betrachten einige Auswüchse in den öffentlichen Medien verstärkt mit großer Sorge. Gerade Funk und Fernsehen haben eine große Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, tragen sie heute doch in einem erheblichen Maße zur Wertebildung bei. Vor allem Kinder und Jugendliche sind oft mit den Darstellungen in den Medien überfordert. Deshalb sind vor allem die öffentlich-rechtlichen

Medien zu besonderer Aufmerksamkeit in Sachen Medienethik aufgefordert. Der Landesmedienrat sollte angeregt werden, ein Strategiepapier für eine wirksamere Medienethik vorzulegen.

Mehr Mut in der Sportpolitik!

In einer liberalen Bürgergesellschaft muss ein Ziel des Landes und der Kommunen die Bereitstellung von optimalen Rahmenbedingungen für die sporttreibenden Bürger sein. Eine gute Sportpolitik ist gleichzeitig Sozial-, Kultur- und Gesundheitspolitik, da keine anderen sozialen Einrichtungen so viele Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten und gesellschaftlichen Gruppen zusammenbringen, keine anderen kulturellen Einrichtungen durch internationale Wettkämpfe so den kulturellen Austausch zwischen den Menschen fördern und keine anderen Einrichtungen durch das Bewegungsangebot so die Gesundheit der Bürger unterstützen.

Das Land und die Kommunen müssen deshalb mithelfen, den Wert des Sports allgemein bewusst zu machen und die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für sportliche Betätigung zu schaffen, die den Neigungen und Interessen der Bürger entsprechen, ungeachtet von Alter, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe und Leistungsfähigkeit.

Dabei soll für das Land die Förderung des Spitzensports und für die Kommunen die Förderung des Breitensports im Mittelpunkt stehen.

Um Fehlplanungen zu vermeiden, muss die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Sportverbänden bei der Planung von neuen Sportanlagen oder dem Umbau alter Anlagen noch enger werden. Dies kann durch die Aufstellung eines Sportentwicklungsplanes geschehen.

Sport und Jugend

Nicht zu unterschätzen ist die Rolle des Sports bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Diese soziale Funktion der Vereine ist in der Gesellschaft unverzichtbar und muss gefördert werden. Eine liberale Sportpolitik gibt dem Jugendlichen die Chance, Bewegungsräume zu finden, zu nutzen und zu gestalten.

Um Kinder und Jugendliche verstärkt an den Sport heranzuführen, muss die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen noch verstärkt werden. Durch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und Vereinen könnten das Angebot der Jugendzentren verbessert und die Sozialarbeiter entlastet werden. Außerdem müssen die Kommunen flexibler bei der Entstehung neuer Trendsportarten reagieren, um den Jugendlichen frühzeitig durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen die Ausübung neuer Sportarten ohne Gefährdung für Sportler und andere zu ermöglichen.

Sport in Vereinen

Vereine bilden die Kernzelle sportlicher Betätigung und ein wichtiges soziales Netz für alle Bürger. Freizeit-, Breiten- und Spitzensport haben im Verein ihre gemeinsame Grundlage. Auch hier gilt für die Saarliberalen der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Daher müssen Beihilfen zur Förderung vereinseigener Sportanlagen im Vordergrund stehen. Vereine mit eigenen Anlagen dürfen im Sinne der Gleichbehandlung jedoch nicht schlechter gestellt werden als Vereine, die auf kommunale Sportanlagen angewiesen sind.

Sport und Gesundheit

Zivilisationsschäden und Frühinvalidität nehmen erschreckend zu. Der Sport ist geeignet, schon frühzeitig negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Schon im Kindergarten sollten daher die Kinder an den Sport herangeführt werden. Hierfür ist eine entsprechende Schulung der Erzieherinnen und Erzieher notwendig. Damit die Kinder auch während der Schulzeit über ein Mindestmaß an Bewegung verfügen, ist ein weiterer wichtiger Schritt die Wiedereinführung der 3. Sportstunde.

Der Sport wirkt aber nicht nur vorbeugend, er ist zugleich ein wertvolles Mittel zur Wiedererlangung der Gesundheit. Damit jeder Mitbürger, egal, ob er gesund, in Rehabilitation oder behindert ist, uneingeschränkt die öffentlichen Sportangebote nutzen kann, sind alle Anlagen behindertengerecht auszubauen.

Mehr Mut in der grenzüberschreitenden Regionalpolitik!

Politik im Saarland ist undenkbar ohne die Großregion, die Politik für SaarLorLux ist Europapolitik. Trotz aller Versprechen und Bekundungen, wird die Großregion immer noch nicht ernst genug genommen. Wer sich geographisch in einer derartigen Randlage befindet, wie das Saarland, für den ist SaarLorLux Standortpolitik erster Güte. Die Großregion bietet politische, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen, die genutzt werden müssen. Nur im Rahmen der Großregion kann das Saarland seine Vorteile im Sinne einer besseren Wettbewerbsfähigkeit ausspielen. Standortpolitik für das Saarland muss endlich als Standortpolitik der Großregion verstanden werden. Die Aktivitäten der Landesregierung - insbesondere in den Bereichen Tourismus, Außenwirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik - müssen entsprechend angepasst werden.

Wir wollen neue Wege gehen: Wir unterstützen die Einrichtung eines Eurodistricts (Radius von 30 km rund um die Spicherer Höhe). Der Eurodistrict ist eine Sonderzone, die den Großraum Saarbrücken/Forbach umschließt. Da könnte man völlig neue Wege in Sachen Besteuerung oder Anerkennung der Abschlüsse gehen. Der Eurodistrict sollte als Versuchslabor definiert werden, um europäische Pilotprojekte zu initiieren, wie etwa die versuchsweise Einführung eines einheitlichen Steuer- und Sozialsystems für eine bestimmte Zeit. Wie wollen die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen insbesondere in den Bereichen Industrie, Handwerk und Hochschulen.

Gegenüber dem SR regen wir an, eine Fernsehsendung „EURODISTRICT“ einzuführen, in der über die konkreten Fortschritte in diesem EU-Sonderprojekt berichtet wird.

Wir wollen die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Gipfeltreffen der Großregion direkte und spürbare Verbesserungen für alle Bürger anhand folgender Beispiele einzusetzen:

Alle saarländischen Behörden und öffentlichen Institutionen müssen mindestens französisch- (und englisch-) sprachig ausgestattet sein. Formularwesen, Internetpräsenz, etc.

Es muss dringend ein Sonderfonds eingerichtet werden für grenzüberschreitende Projekte, etwa im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung, z.B. Durch finanzielle Mittel aus der Anschlussfinanzierung der Kohlesubventionen

Das Online-Banking-Verfahren muss vereinfacht werden.

Die Telefonkosten für die Großregion sollten vergünstigt werden. Insbesondere sollte sich die Politik für einen einheitlichen Roaming-Tarif in der Großregion stark machen.

Beschilderung der Stadt Saarbrücken – alle neu installierten Schilder müssen 2-sprachig (deutsch-französisch) gestaltet sein.

Die Großregion bietet uns die große Chance, ein starkes Saarland als europäische Pionierregion zu festigen.